

Wachsendes Armutsrisiko in der Bundesrepublik Deutschland

Die Reichen werden immer reicher und die Armen immer zahlreicher. So geht es auch aus dem Dritten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung „Lebenslagen in Deutschland“ vom 30.6.2008 hervor.¹ Ende Mai wurde er vorgestellt. Die schnell getippten Interpretationen reichen von „Schockierende Ergebnisse“, bei Betroffenen- und Wohlfahrtsverbänden, bis zur „Erkenntnis“ der Bundesregierung: „Sozialstaat verringert Armut“. Was ist richtig?

Insgesamt zeigt der Bericht – wie schon die beiden ersten Berichte: Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer. Jeder achte Mensch lebt an der Armutsgrenze, ohne staatliche Leistungen wäre es jeder vierte. Das Armuts- und Ungerechtigkeitsproblem trifft längst auch die Mittelschichten und Menschen, die trotz Arbeit arm sind. Dafür liegt Deutschland weltweit auf Platz drei der Liste der Milliardäre.

Von Armut betroffen sind vor allem Erwerbslose, Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung, das sind meist Frauen, Alleinerziehende, vor allem Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund. Altersarmut sei kein aktuelles Problem, so steht es im Bericht. Niedrige Alterseinkommen hängen jedoch mit der Erwerbsbiografie zusammen. Die Niedrigentlohnerten von heute sind demnach die armen Alten von morgen. Leider werden im Bericht die Zusammenhänge von Armut, Geschlecht, ethnische Herkunft und Familienform kaum thematisiert. Der Vergleich mit den beiden ersten Berichten würde einen Überblick über zehn Jahre Armut ermöglichen. Er ist jedoch schwer, weil einheitliche Datengrundlagen zwischen den Berichten fehlen.

Frauen sind überproportional von Armut betroffen und sie sind die Pionierinnen, denn mehr und mehr folgen ihnen Männer. Es kann also nicht – will ich gleich vorausschicken – darum gehen, dass die Armut gleich verteilt werden soll, sondern der Zustand muss ein anderer werden.

1. Was ist Armut ?

¹ Bundesministerium für Arbeit und Soziales; Lebenslagen in Deutschland, 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin 2008.

Bis heute streiten sich die Gelehrten, wie wir Armut definieren und ab welchem Grad der Unterausstattung oder Unterversorgung Armut beginnt. Die Antwort hängt davon ab, wieviel Ungleichheit an Lebenschancen und Lebensbedingungen wir in dieser reichen Gesellschaft als gegeben hinzunehmen bereit sind und ab welchem Grad an Ungleichheit wir einen sozialpolitischen Korrektur- und Handlungsbedarf einfordern. Ich kann in diesem Zusammenhang nicht alle Definitionen vorstellen.

"Armut" ist keine Verhandlungsmasse und sie muss immer im Zusammenhang mit Reichtum gesehen werden. Armut und Reichtum sind zwei Seiten *einer* Medaille der sozialen Ungleichheit. Die Weltbank zählt zu den Armen diejenigen, die weniger als 1 Dollar pro Tag zur Verfügung haben. Mehr als 1 Million Menschen sind davon betroffen, d. h. Armut ist ein globales Problem. Aber auch in der BRD gehen immer mehr Kinder mit knurrendem Magen zur Schule und auch Erwachsene haben oft nicht genug zu Essen. In der Bundesrepublik wurde die Armutsgrenze lange Zeit mit der Sozialhilfeschwelle (jetzt ALG II und Sozialgeld) gleichgesetzt, d.h. mit dem Leistungsniveau des letzten sozialen Netzes. Oder: Arm ist, wer unterstützt wird, wer aber unterstützt wird, ist nicht mehr arm. Diese Sichtweise hat zur Folge, dass die Existenz von materieller Armut schlichtweg geleugnet werden kann: In Afrika gibt es Arme, nicht bei uns. Auch in unserem reichen Land gibt es eine Reihe von Menschen, die mit einem Einkommen unterhalb des Sozialgeldniveaus leben müssen, z. B. Migrantinnen, die unter der Gefahr, ausgewiesen zu werden, den Gang zum Sozialamt nicht antreten. Oder alte Menschen, die ihren Kindern nicht zur Last fallen wollen.

Der **dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung** beansprucht einen umfassenden Analyseansatz, der die Risiken für Armut und soziale Ausgrenzung in verschiedenen Lebenslagen beschreibt, und basiert auf dem Anspruch, dass ökonomische und soziale Teilhabe- und Verwirklichungschancen allen Mitgliedern der Gesellschaft zur Verfügung stehen sollten. Der Bericht ermittelt Ungleichheiten in Form unterschiedlicher Teilhabeergebnisse, aber auch ungleicher Zugangsmöglichkeiten. Begreift jedoch weiter Armut als ein individuelles Schicksal und verweist auf „Bewältigungskompetenzen“. Die aber sind einem funktionierenden Sozialstaat unangemessen. Denn der müsste auch die Infrastruktur zur Verfügung stellen, wenn es zum Beispiel immer wieder darum geht, dass Armut durch bessere Bildung bewältigt

werden kann. Armut ist vor allem ein strukturelles Problem und das bleibt unangetastet. Der Wandel von Wirtschaft und Beschäftigung wird im Bericht wie ein unentrinnbares Schicksal, auf das man politisch gar nicht Einfluss nehmen kann, dargestellt. Obwohl behauptet wird, dass seit Beginn des Jahres 2006 die binnenwirtschaftliche Schwächephase der BRD überwunden sei, kann aber aufgrund fehlender Daten den Zusammenhang nicht ermitteln. 40 Millionen Erwerbstätige hatte die Bundesrepublik nach dem Armutsbericht im April 2008, das sei der historische Höchststand. Zudem gäbe es verbesserte Einkommen und mehr Arbeitsplätze. Um welche Arbeitsplätze es sich handelt, wird nicht gesagt. Die Armutsrisikoquote ist innerhalb von fünf Jahren von 12,1 % (1998) auf 13,5 % (2003) gestiegen. Nach dem 3. Bericht liegt sie zwischen 2003 und 2006 zwischen 13 und 18 %. Je nach Erhebung (S. XI). Die geschlechtsspezifische Differenzierung ergab 2003 eine Risikoquote von 14,4 % für Frauen und von 12,6 % für Männer.² Frauen, sind es, die in den Risikogruppen nicht nur überproportional anzutreffen sind, sondern sie sind es auch sind, die in den Familien mit dem wenigen Geld wirtschaften müssen, denn von ihnen wird in noch weit größerem Umfang Haus- und Erziehungsarbeit abverlangt. Hinter den statistischen Zahlen über das Ausmaß der Armut in Deutschland stehen viele Einzelschicksale.

Mit den Überschriften „Armut hat viele Gesichter“ oder „die Gesichter der Armut“ habe ich schon viele Artikel überschrieben.³ „Armut ist ein gesellschaftliches Phänomen mit vielen Gesichtern“, mit diesen Worten beginnt der Dritte Armutsbericht. Interessant ist, wie es weiter geht: „Es entzieht sich deshalb einer eindeutigen Messung“. Im Internet habe ich gelesen: „Armut hat immer mehr Kindergesichter“ und als Lösung: „Was wir in unserer Stadt brauchen, sind vor allem Suppenkinderküchen“. Nein, ich sag es vorweg, wir brauchen Maßnahmen, die an den Wurzeln des Problems rühren.

Viele Menschen gehören zu den "working poor" - sie sind arm trotz Arbeit. Das Recht auf eigenständige Existenzsicherung für Frauen hat sich – trotz Gleichstellungsgebot im Grundgesetz und trotz Gender Mainstreaming – in der BRD nicht wirklich durchgesetzt. Der Zweite Armutsbericht belegte bereits den engen Zusammenhang zwischen niedrigem Einkommen und geringem Bildungsniveau, schlechter Wohnversor-

² Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin 2004.

³ Siehe z. B.: Gisela Notz: Löcher im sozialen Netz. Sozialpolitik und Geschlecht, Frankfurt/M. 2003. Gisela Notz: Warum Armut (oft) weiblich ist. In: Arno Klönne/Daniel Kreutz/Otto Meyer (Hg.): Es geht anders! Alternativen zur Sozialdemontage, Köln 2005, S. 97 – 103.

gung, höherem Krankheitsrisiko und gesellschaftlicher Ausgrenzung. Bildungsarmut bei Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien ist die Regel. Reichtum *und* Armut vererben sich, das belegen auch viele andere Studien. Armut macht krank und Krankheit macht arm. Ein monetäres Armutsrisiko halbiert die Chance auf einen guten oder sehr guten Gesundheitszustand.⁴ Frauen in der niedrigsten Berufsgruppe sind fast fünfmal häufiger gesundheitlich beeinträchtigt als Frauen in der höchsten Berufsgruppe. Gesunde Ernährung aber, das beweisen Studien, ist weder für Erwachsene noch Kinde mit den derzeitigen Regelsätzen möglich. Dass es manche dennoch schaffen, entbindet nicht von der Verpflichtung, allen Menschen einen menschenwürdigen Lebensstandard zu ermöglichen.

2. Warum ist Armut weiblich ?

Die Tatsache, dass Frauen besonders von Armut betroffen sind, resultiert aus der herrschenden Arbeitsteilung, aus der ungleichen Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Männern und Frauen und aus den großen Differenzen in der Bewertung der bezahlt geleisteten Arbeit. Durch den – im Gegensatz zu skandinavischen Ländern – üblichen Haushaltsansatz, werden Frauen immer als Anhängsel von Männern gesehen, das manifestiert sich zum Beispiel durch das Ehegattensplitting oder durch Hartz IV, mit den Bedarfsgemeinschaften, die die Abhängigkeit vom „Familienernährer“ festschreibt. Rollentausch wäre möglich, aber dadurch werden die Strukturen nicht verändert. Die Diskriminierung von Frauen beginnt früh und endet im Alter nicht.

Ich komme nun zu den Gesichtern der Armut und begleite Armut durch alle Lebensphasen. Diesen Ansatz finde ich ertragreicher, als eine Typisierung.

Bereits Kinder sind arm. Diese Tatsache wird zu Recht skandalisiert. Kinder sind jedoch nicht arm, weil sie selbst kein Geld verdienen, oder weil die Kinderarbeit abgeschafft ist, sondern weil 13 % der Menschen in Deutschland arm sind und jeder vierte Mensch von Armut betroffen oder bedroht ist,⁵ weil die Eltern erwerbslos sind oder zu den working poor gehören. Die Zahl der Kinder die in prekären Verhältnissen aufwachsen, nimmt ständig zu. Dass auch von der viel zitierten Kinderarmut ge-

⁴ Siehe auch Dtter Armuts- und Reichtumsbericht, S 99.

⁵ Siehe den Dritten Armuts- und Reichtumsbereich.

schlechtsspezifische Aspekte hat, weist Margherita Zander in einer Studie nach, indem sie nach den Wirkungen fragt. Jungen sind vor allem dadurch belastet, dass sie seltener soziale Netzwerke nutzen und Unterstützung in Anspruch nehmen. Mädchen neigen aufgrund ihrer geschlechtsspezifischen Sozialisation generell zu einem Bewältigungsverhalten, das ihnen ein hohes Maß an Anpassungsleistungen abfordert (z. B. dadurch, dass sie in der Familie Mitverantwortung übernehmen).

Mädchen *und* Jungen neigen dazu das Problem „mit sich selbst auszumachen“.⁶

Frauen werden arm, weil ihnen der Zugang zu Bildung und Ausbildung versperrt wird

Nach dem Dritten Armuts- und Reichtumsbericht ist bessere Bildung und Ausbildung das wichtigste Mittel zur Armutsbekämpfung. Aber: Seit 1995 geht die Zahl der offenen Lehrstellen kontinuierlich zurück. Ende Dezember 2004 warteten 14.950 InteressentInnen auf eine Lehrstellenvermittlung. Gleichzeitig haben die Unternehmer in 4.200 Fällen niemanden für ihr Angebot gefunden.⁷ Vorschläge zur Schaffung qualifizierter Lehrstellen und Arbeitsplätze fehlen. Junge Frauen sind immer noch besonders benachteiligt. Obwohl sie gleich gute und bessere Schulabschlüsse als Jungen haben, sind zwei Drittel aller Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz Mädchen. Nach der Ausbildung sind sie viermal so oft erwerbslos, als Jungen. Die Erwerbslosenquote für Menschen ohne Ausbildung ist sechsmal so hoch wie diejenige, die einen akademischen Abschluss vorzuweisen haben. Die Verdienste der Mädchen sind ein Jahr nach der Ausbildung um 19 % niedriger, als die der Jungen. Sie sind von den Eltern abhängig, versorgen jüngere Geschwister, Haushalt, Großeltern und haben auch heute selten ein eigenes Zimmer.

Auch wenn Erwerbslosigkeit nicht grundsätzlich mit Bildungsdefiziten verknüpft ist, sind es doch die „Geringqualifizierten“, die besonders betroffen sind. Der Zusammenhang zwischen Erwerbslosenquote und Bildungsniveau ist bei jungen Frauen merklich stärker ausgeprägt als bei jungen Männern.

In den neuen Bundesländern ist die Erwerbslosenquote der Frauen ohne Berufsausbildung mehr als doppelt so hoch, als die der Männer ohne Ausbildung. Insgesamt waren im Dezember 2004 fast eine halbe Million Menschen unter 25 Jahren in den Warteschleifen der Bundesagentur oder erwerbslos. Für Frauen weist auch die Ju-

⁶ Margherita Zander (Hg.): Kinderarmut, Wiesbaden 2005.

⁷ Frankfurter Rundschau vom 5.1.2005.

gendarbeitslosenquote deutlich ungünstigere Werte auf, als diejenige der Männer. Nicht erst bei der "Berufswahl" werden junge Frauen auf die "Alternativrolle" in der Familie oder auf Ausbildungsplätze in der Hauswirtschaft hingewiesen und manche nehmen sie auch viel zu schnell an. Der Dritte Armuts- und Reichtumsbericht schlägt vor, die Integration und Partizipation benachteiligter Jugendliche durch Freiwilligendienste zu verbessern.

Frauen werden arm, weil sie erwerbslos sind

Im Februar 2005 waren 5,29 Millionen Personen erwerbslos. Das war eine Erwerbslosenquote von 14,1 % und die bisher erreichte Höchstquote. Der Wert sei nach dem AB seit 2006 deutlich zurückgegangen. Tatsächlich bringt ein Vergleich zwischen Dezember 2006 und Dezember 2007 einen Rückgang um 15 %. Im April 2008 hatten wir immer noch 4 Millionen registrierte Erwerbslose. Rechnet man die Dunkelziffer dazu, so fehlen fast 8 Mio. Arbeitsplätze. Gleichzeitig melden Unternehmen, dass sie in den nächsten Monaten weitere Tausende von Arbeitsplätzen abbauen wollen. Frauen sind im Vergleich zu ihrer Beteiligung am bezahlten Arbeitsmarkt sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern stärker als Männer von Erwerbslosigkeit betroffen. Ältere Arbeitnehmerinnen sind besonders arm dran.

Selbst gut qualifizierte Frauen können arm werden. Das gilt für Facharbeiterinnen im "Männerberuf", die aufgrund von Vorurteilen keinen entsprechenden Arbeitsplatz bekommen ebenso wie für Hochschulabsolventinnen. Ausbildungsinadäquate, befristete Beschäftigungen und Erwerbslosigkeit von Akademikerinnen trifft Frauen in weit aus stärkerem Maße als Männer. Ganz zu schweigen von den unbezahlt geleisteten Praktikas, die Praktikantinnen ebenfalls verstärkt betreffen.

Erwerbslose sind es aber auch, die ein wesentlich höheres Einkommensrisiko (40,9 %) gegenüber ArbeitnehmerInnen (7,1 %) haben.⁸ Besonders in den neuen Ländern sind Frauen wesentlich stärker von Langzeiterwerbslosigkeit betroffen, als Männer. Langzeiterwerbslose sind besonders von Armut bedroht oder betroffen, das zeigt auch der Dritte Armutsbericht. Eine unglaubliche Entwertung von angesammelten Qualifikationen und Erfahrungen ist die Folge. Dass Langzeiterwerbslosigkeit zudem zur Verarmung führt, beweisen die Statistiken seit Langem. Nach Inkrafttreten des ALG II, das seit 1.1.2005 an erwerbsfähige SozialhilfeempfängerInnen gezahlt wird,

⁸ 3. Armuts- und Reichtumsbericht.

erhalten viele Frauen kein ALG II, weil die finanziellen Leistungen nicht auf das Individuum ausgerichtet sind, sondern auf „Bedarfsgemeinschaften“. Schätzungen zufolge haben zum 1.1.2005 200.000 Frauen ihre Ansprüche auf Arbeitslosenhilfe ersatzlos verloren, weil sie mit einem Partner zusammenleben. Das bedeutet Abhängigkeit vom Partner.

Als Gründe für die hohe Frauenerwerbslosigkeit werden immer wieder die Zunahme des weiblichen Erwerbspotentials sowie Wettbewerbsnachteile, die Frauen vor allem durch Familienpflichten haben, genannt. „Zunehmende Erwerbsneigung“ ist schon deshalb ein geschlechterdiskriminierender Begriff, weil er nie auf Männer angewendet wird.

Familienpflichten beeinträchtigen die Wettbewerbsfähigkeit der Ost-Frauen vor der "Wende" in weitaus geringerem Ausmaß, weil sie auf dem Arbeitsmarkt gebraucht wurden. Immer dann, wenn die Wirtschaft die erwerbstätigen Frauen braucht, steht ihrer „Erwerbsneigung“ nichts im Wege.

Frauen werden arm, weil sie unbezahlte Arbeit leisten

Frauen, die in der Familie Menschen, die sich nicht selbst helfen können, versorgen und pflegen, erhalten überhaupt keinen Lohn, sieht man einmal von völlig unzureichenden und für Männer unattraktiven "Löhnen" wie Erziehungsgeld und Pflegegeld ab.

Nicht nur Kindererziehungszeiten sind Armutfallen, sondern auch die Übernahme von Pflegeleistungen. Auch sie sind geeignet, Frauen aus dem Arbeitsmarkt zu entfernen. Das Ausmaß der Pflege, die zu Hause geleistet wird, übersteigt mit rund 70 %⁹ bei Weitem das Ausmaß der Pflege, die in Heimen geleistet werden. 80 % aller pflegenden Angehörigen sind weiblich (Töchter, Schwiegertöchter, Ehefrauen und Mütter). Mit dem Pflegegeld, das für häusliche Pflege bezahlt wird können pflegende Angehörige oder FreundInnen bezahlt werden, wenn diese die notwendige Grundpflege und hauswirtschaftliche Tätigkeit übernehmen. Selbständig leben kann die Pflegeperson von der "Aufwandsentschädigung" zwischen 420 € und 1.470 € (je nach Pflegestufe nach der verabschiedeten Pflegereform) bestenfalls wenn sie Schwerstpflegebedürftige zu betreuen hat. Die Zahl der Männer, die ihren Beruf (vo-

⁹ Ebenda.

rübergehend) aufgeben, um solche Pflegeleistungen zu erbringen, dürfte weiterhin die der Elternzeitväter noch unterschreiten. Die Folge sind finanzielle Einbußen, schlechte soziale Absicherung – auch im Alter - und oft gesellschaftliche Isolation. Möglicherweise wird sich der Trend zur Hausversorgung durch das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz vom März 2008 verstärken: Pflegende können bis zu sechs Monate zu Hause bleiben. Gehalt bekommen sie nicht, bleiben jedoch sozialversichert.

Vom Ertrag ihrer Arbeit ebenso wenig leben können die zahlreichen Frauen, die „ehrenamtlich“ in der sozialen oder kulturellen Arbeit, die in Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Soziokultur und anderswo geleistet wird, tätig sind. Ca. 80% dieser unbezahlten Arbeit im sozialen und kulturellen Bereich wird durch Frauen ausgeführt. Mit Amt und Ehre und Aufwandsentschädigungen versehene Posten haben vor allem Männer inne. Oft wird die Arbeit durch den Lohn einer anderen Person finanziert. Diese finanzielle Abhängigkeit erfordert die wohlwollende Unterstützung der ehrenamtlich Arbeitenden durch (Ehe)mann und Familie. Die Übergänge zwischen geringfügigen und ehrenamtlichen Arbeitsverhältnissen sind schon lange fließend. Kein Wunder, dass Dritte Armuts- und Reichtumsbericht eine Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten von einkommensschwachen Personen und MigrantInnen ins Bürgerschaftliche Engagement fordert.

Frauen werden arm, weil sie in prekären Arbeitsverhältnissen arbeiten

Der „Wandel der Form der Arbeitsverhältnisse“ hin zu ungesicherten, befristeten, geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen, die keine existenzsichernde Entlohnung bieten, ist die Kehrseite des im 3. Armutsbericht genannten Trendwende am Arbeitsmarkt. Der Armutsbericht zeigt, dass die Zahl derjenigen, die arbeiten und trotzdem von Armut bedroht sind, größer wird. Der Zuwachs von Frauenarbeitsplätzen in den letzten Jahren ist fast ausschließlich auf Teilzeitarbeit, Ein-Euro-Jobs, Mini-Jobs und Ich-AGs (diese heißen jetzt anders, es gibt sie aber weiterhin) zurückzuführen. Um Haus- und Sorgearbeiten und Berufsarbeit zu vereinbaren, weil Kinderbetreuungsmöglichkeiten nicht zur Verfügung stehen oder weil ihnen in ihrem Beruf kein "ganzer" Arbeitsplatz angeboten wird, nehmen vor allem Frauen Arbeitsverhältnisse mit kürzeren Arbeitszeiten. 95 % der abhängig beschäftigten Männer haben kein Vereinbarkeitsproblem. Sie sind Vollzeit beschäftigt, auch wenn sie Väter sind. Prekäre Arbeitsverhältnisse bekommen allerdings auch Frauen angeboten, die keine

Familienpflichten haben (wollen), weil der Arbeitsmarkt keine anderen Arbeitsverhältnisse bereitstellt. Die weitaus meisten Frauen nehmen diese Arbeit an, weil ihnen nichts anderes übrigbleibt. Für Frauen waren kollektiv geregelte „Normalarbeitsverhältnisse“ nie die Regel. Seit es Lohnarbeit gibt, sind sie es (vor allem), die prekäre Beschäftigungsverhältnisse inne haben.

Die Zunahme der Teilzeitbeschäftigung ist zum großen Teil einer schlechteren Position von Frauen und insbesondere Müttern auf dem Arbeitsmarkt geschuldet. Teilzeitarbeit ist die klassische Form der ‚atypischen‘ Beschäftigung, auch wenn sie nicht per se zu den prekären Arbeitsverhältnissen zählt. Dort, wo man vom Ertrag der teilzeitigen Arbeit einigermaßen leben könnte, wird allerdings nur ganz selten geteilt. Trotz einiger arbeitsrechtlicher und tarifpolitischer Verbesserungen ist Teilzeitarbeit nach wie vor mit Nachteilen verbunden. Die meisten teilzeitarbeitenden Frauen arbeiten im Dienstleistungssektor und dort vor allem in Bereichen mit hohem Leistungsdruck und niedrigen Löhnen. Armut - spätestens dann, wenn, aus welchen Gründen auch immer, der "Haupternährer" wegfällt, ist die Folge.

Armutsriskien sind vor allem Frauen in den atypischen, "ungeschützten" oder prekären Beschäftigungsverhältnissen ausgesetzt. In vielen Bereichen mit "typischen Frauenarbeitsplätzen" sind sie zur "Normalarbeit" geworden. So z. B. bei 90% der Putzarbeiten und 90% der (elektronischen) Heimarbeiten sowie bei zahlreichen (Frauen)arbeitsplätzen im Einzelhandel, bei der Post und anderswo. Arbeitgeber mit einem hohen Anteil geringfügig Beschäftigter konnten bislang enorme Sozialversicherungsbeiträge sparen, auf Kosten der eigenständigen Existenzsicherung vor allem von Frauen. Durch das Inkrafttreten der Hartz-Gesetze wird ein weiterer Ausbau prekärer Beschäftigung verbunden mit einer Ausweitung des Niedriglohnsektors und einer Aushebelung des Kündigungsschutzes möglich. Besondere Wachstumssegmente werden im Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen gesehen. Migrantinnen sind es vor allem, die für besser verdienende weiße deutsche Frauen dienen lernen sollen.

Seit April 2003 wurde durch die Anhebung der Versicherungsfreigrenze auf 400 € mit der Einführung der Mini-Jobs eine weitere Erosion des "Normalarbeitsverhältnisses" gesetzlich abgesegnet. Da (fast) jede Arbeit als zumutbar gilt, müssen ALG II BezieherInnen auch Mini-Jobs oder 1-Euro-Jobs annehmen. Von Mitte 2003 bis Mitte 2004

ist die Zahl der Minijobs von 5.5 auf 6.2 Millionen gestiegen. Gleichzeitig hat sich die Zahl der voll sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze um 300.000 verringert.¹⁰ Deutlich ist, dass Mini-Jobs bestenfalls zum Zuverdienen geeignet sind. Kein Wunder, dass viele Jobberinnen mehrere solcher Jobs annehmen oder eben – jetzt und im Alter- unterhalb der Armutsgrenze leben (müssen).

Frauen werden arm, obwohl sie ‚Unternehmergeist‘ entwickeln

Frauen werden immer wieder aufgefordert, private Initiative zu entwickeln und sich selbständig zu machen. Viele "selbständige" Frauen sind arm, weil sie kein existenzsicherndes Einkommen erwirtschaften. Frauenbetriebe arbeiten meist mit geringem Kapitaleinsatz und Jahresumsatz, weit überwiegend im Dienstleistungsbereich und im Handel und haben nur wenig Beschäftigte. Mit der Einführung der „Ich-AGs“ sollten erwerbslose Frauen, an deren „Unternehmergeist“ EU-weit schon lange appelliert wird, in der Zukunft ihre Beschäftigungs- und Versorgungsperspektiven eigenständig regeln. Die Ich-AG gibt es nicht mehr, dafür andere Existenzgründungsprogramme, die auf dasselbe hinauslaufen. Viele selbstständige Frauen bleiben abhängig vom „Haupternährer“ und sind auch im Alter (meist) arm. Frauenbetriebe halten länger als Männerbetriebe, weil sie mit weniger Geld auskommen. Verstärkt gilt das für die „mithelfenden Familienangehörige“, die durch die Familien-AG. rekonstruiert wurde und die es immer gab und auch weiter geben wird. Frauen in Landwirtschaft und Handwerk problematisieren diese Situation seit langem. Eindeutig bedeuten die „neuen“ selbständigen Arbeitsverhältnisse eine Ausweitung des Niedriglohnssektors und eine Zunahme der „working poor“. Auch viele Existenzgründerinnen arbeiten also faktisch in "ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen". D.h. fehlende eigenständige Existenzsicherung und Abhängigkeit von anderen Personen, meist vom (Ehe-)Mann, von ALG II oder Sozialgeld, auch im Alter.

Frauen werden arm, weil sie weniger verdienen als Männer.

Dort, wo Frauen arbeiten, verdienen selbst auf gut bezahlten Arbeitsplätzen durchschnittlich etwa 25% - 30 % weniger als Männer. Die seit Beginn der Industrialisierung andauernde Niedrigbewertung der Frauenarbeit hat sich bis heute kaum verändert, nach der Wiedervereinigung hat sie sich sogar verschlechtert. Frauen sind in den unteren Lohngruppen zu finden, arbeiten in den Branchen, die Niedriglöhne zah-

¹⁰ Handelsblatt vom 5.1.2005.

len (z. B. Textil, Handel, niedrigbewertete Dienstleistungen). Analysen zeigen, dass Frauen selbst dann weniger als Männer verdienen, wenn sie die gleichen Arbeitszeiten und beruflichen Positionen haben und in den gleichen Sektoren beschäftigt sind. Die Diskriminierungen bestehen fort, obgleich seit 1955 "Frauenlohnabschlagsklauseln" als gesetzeswidrig identifiziert sind, weil sie gegen den Gleichberechtigungsgrundsatz verstoßen. Dort, wo mehrheitlich Frauen arbeiten, wird die Arbeit insgesamt niedriger bewertet. Hier sprechen wir von einer mittelbaren Diskriminierung. Hauptgrund der Diskriminierung ist, dass auch gut ausgebildete Frauen immer noch als "Zuverdienerinnen" angesehen werden. Das trifft auch Frauen, die niemals Ehefrau waren oder werden wollen. Selbst viele vollzeitarbeitenden Frauen können von ihrem Lohn nicht leben.

Frauen werden arm, weil sie nicht in einer "Normalfamilie" leben

Obwohl Menschen heute angeblich aus einer Vielzahl von Lebensformen auswählen können, führt ein Abweichen von der "Normalbiographie", zu der Ehe und festgelegte Geschlechtsrollen gehören, oft zu Armut. Eine Umgestaltung des Ehegattensplittings, das nach der Meinung von zahlreichen Familienverbänden, die sich dazu kürzlich in Resolutionen geäußert haben, längst abgeschafft gehört, weil es das vor allem den Tatbestand der Ehe und da wieder vor allem alleinverdienende Ehemänner subventioniert, steht nicht (mehr) auf der Agenda der Regierungsparteien. Ministerin Ursula von der Leyen will dasselbe um eine Familienkomponente ausweiten: Nicht die Ehe sondern die Kinder sollen gefördert werden. Je mehr Kinder, desto höher die Steuerbegünstigung. Eine gute Idee? Nur auf den ersten Blick, denn die Mehrheit der Familien kommt gar nicht in den Genuss der Vorteile. Erst ab einem Jahreseinkommen von 69.000 € profitieren sie stärker vom Familiensplitting als vom gültigen Kinderfreibetrag. Wer darunter liegt, wird schlechter gestellt und das sind vor allem junge Väter und Mütter, die gerade darum bemüht sind, beruflich Fuß zu fassen und sozial schwache Lebensgemeinschaften ohnehin. Das deutsche Institut der Wirtschaft veranschlagt die Kosten für das Familiensplitting auf 1,5 Milliarden €. Die Hälfte dieser Summe käme allein den zehn Prozent der Familien zugute, die sich im obersten Einkommensbereich bewegen. Angesichts der emotional geführten Diskussion um den „Geburtenrückgang“ scheint das von von der Leyen durchgeboxte Elterngeld ein Schritt, die besser Verdienenden ins „Kinderboot“ zu holen, den Armen hilft das nicht.

Ebenso wenig wie das für 2013 in Aussicht gestellte Betreuungsgeld von 150 € monatlich.

Aber auch die Ehe als Versorgungsinstanz bröckelt. In den Metropolen wird heute jede zweite Ehe geschieden. Geschiedene und alleinlebende Frauen sind weit eher von Armut betroffen als „Familienfrauen“ und haben auch im Alter keine besseren Aussichten. Familienfrauen bekommen eine Witwenrente und sind im Krankheitsfall beim Ehemann mitversichert. Allerdings sind sie meist abhängig von dem Verdienst eines anderen Menschen.

Der Dritte Armutsbericht berücksichtigt kaum, dass "Alleinerziehende" Frauen oder „Einelternfamilien“ überdurchschnittlich arm dran sind. „Alleinerziehende“ wehren sich mit Recht dagegen, per se als arme Frauen zu gelten. Viele haben sich diese Lebensform selbst gewählt, oder sie erscheint ihnen erstrebenswerter, als das Aufrechterhalten einer unerträglichen Beziehung. Alleinerziehende Frauen in den neuen Bundesländern sind eine der am stärksten von Erwerbslosigkeit und Armut betroffenen Bevölkerungsgruppe in der BRD. Die Hälfte aller „Einelternfamilien“ hat nach Berechnungen monatlich weniger als 945 € zur Verfügung.¹¹ 60 % der Kinder, die vom Sozialgeld leben, leben in Ein-Eltern-Familien, 85 % bei der Mutter.

Nach Dritten Armutsbericht ist das Armutsniveau bei Alleinerziehenden mit 24 % doppelt so hoch wie bei „Normalfamilien“ (13 %). Hier wird die Notwendigkeit armutsbekämpfender Maßnahmen für Alleinerziehende deutlich.

Die ärmste Gruppe sind diejenigen mit Kindern unter drei Jahren. Sie nehmen die Elternzeit ebenso wie Verheiratete und können eben sowenig davon leben. Und sie haben meist nicht den Vater des Kindes als "Haupternährer" an der Seite. Der fehlt häufig, ist selbst erwerbslos oder zahlt einfach keinen Unterhalt. Ihre Alltagssituation ist gekennzeichnet vom "Kampf ums Geld".

Alleinerziehende Mütter werden so zu Bittstellerinnen gegenüber dem Staat gemacht. Sie werden kontrollierbar und auch kontrolliert, egal wie gut sie ausgebildet sind. Laut Mikrozensus lebten im Jahr 2005 1,6 Millionen allein erziehender Mütter und Väter mit Kindern unter 18 Jahren in der BRD. Jedes fünfte Kind, das sind 20 % aller Kinder (23 % im Osten und 18 % im Westen) lebte in einer solchen Familie, 85

¹¹ Vamv Info 3/2007, Juli/August, S. 6.

% davon bei der Mutter.¹² Nach Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vom Juli 2007¹³ sind Alleinerziehende die Gruppe, die am längsten im ALG-II-Bezug verbleibt. 70 % der Alleinerziehenden waren nach zwölf Monaten noch im Leistungsbezug.¹⁴ Erschwerter Zugang zu Erwerbstätigkeit und fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeiten und Ganztagschulen sind die wichtigsten Ursachen. Der Armutsrisikoquotient betrug bei Alleinerziehenden nach dem Armutsbericht der Bundesregierung 35,4 %, während er bei „Normalfamilien“ (2 Erwachsene mit Kind/ern) 11,6 % ausmachte.¹⁵ Fast jede dritte alleinerziehende Frau mit minderjährigen Kindern im Westen bezog vor der Umstellung auf ALG II Sozialhilfe, im Osten lebte sogar die Hälfte dieser Frauen von Sozialhilfe.

Frauen werden arm, weil sie als "Fremde" oder "Andere" angesehen werden.

Arm sind obdachlose Frauen und Wanderarbeiterinnen besonders in den peripheren "Entwicklungsländern", die auf der Suche nach Arbeit durch die Welt vagabundieren, aber nirgendwo ankommen. Aus dem Dritten Armutsbericht geht hervor, dass sich die Zahl der Wohnungslosen seit 1998 halbiert habe – von 530.000 auf 254.000 Betroffene. Zahl der wohnungslosen Frauen nimmt zu. Sie ist schlecht zu erheben, weil Frauen ganz offensichtlich eher als Männer Möglichkeiten finden, bei Freundinnen oder in neuen „Beziehungen“ Unterschlupf zu finden, was oft auch neue Probleme mit sich bringt.

Arm sind auch Frauen, die Gewalterfahrungen gemacht haben, misshandelte und geschlagene Frauen. Ganz abgesehen von den Ärmsten der Armen, die in den Gefängnissen oder anderen Anstalten leben.

Gemessen an der Erwerbslosenquote in der BRD sind Menschen ausländischer Herkunft doppelt so stark von Erwerbslosigkeit und damit auch vom Armutsrisiko betroffen, wie die Gesamtbevölkerung.¹⁶ Arm sind vor allem Migrantinnen, die noch immer kein eigenständiges Aufenthaltsrecht haben. Auch nach der Änderung des Ausländergesetzes vom 25.5.2000 erhalten ausländische Ehepartnerinnen im Fall der Trennung erst nach zwei Ehejahren ein eigenständiges Aufenthaltsrecht. Scheitert die Ehe vor dieser Frist, wird die Frau abgeschoben. Misshandlungen oder Gründe, die einer Frau die Rückkehr in das Heimatland unmöglich machen, werden oftmals

¹² Zahlen aus Mikrozensus 2003.

¹³ Nach 3. Armuts- und Reichtumsbericht.

¹⁴ Vamv Info Juli/August 2007, S. 6.

¹⁵ Dritter Armuts- und Reichtumsbericht.

¹⁶ Ebenda.

nicht als "Härtefälle", in denen eine eheliche Gemeinschaft von drei Jahren ausreicht, von den Gerichten anerkannt. Der weitaus größte Teil in der BRD lebenden Migrantinnen sind Ehefrauen von deutschen oder ausländischen Männern, die ein Aufenthaltsrecht haben. „Nur brave Frauen dürfen bleiben“, das gilt auch weiterhin.

Frauen werden arm, weil das Rentensystem an ihrer Lebensrealität vorbeigeht

Auch wenn Altersarmut nach dem Dritten Armuts- und Reichtumsbericht kein Problem zu sein scheint, weil nur für 2,3 % der RenterInnen die Renteneinkünfte zum Lebens nicht ausreichen und sie auf Grundsicherung angewiesen sind. Die Benachteiligung im Erwerbsleben wird im sozialen Sicherungssystem fortgeschrieben, weil es sich an der Norm männlicher Erwerbsbiographien orientiert: Das heißt, eine ausreichende Absicherung im Alter, bei Krankheit und Erwerbslosigkeit ist nur bei durchgehender Vollzeitbeschäftigung und bei durchschnittlichem Einkommen gewährleistet. Trotz formal-rechtlicher Gleichstellung werden Frauen strukturell durch das soziale Sicherungssystem benachteiligt, weil die Anspruchs- und Leistungsvoraussetzungen an ihrer Lebensrealität vorbeigehen. Die Folge davon ist, dass alte Frauen häufig in Armut leben. Vor allem sind es alleinlebende und geschiedene ältere Frauen im westlichen Teil der Bundesrepublik.

In den neuen Bundesländern ist die Situation zunächst noch besser, weil die Frauen, die kurz nach der Wiedervereinigung in Rente gingen, auf eine durchgehende Erwerbsbiographie zurückblicken konnten. Das wird sich in der Zukunft durch die hohe Erwerbslosigkeit und die Zunahme prekärer Berufsarbeit ändern; wenn es sich nicht schon verändert hat.

Dass Frauen von Altersarmut betroffen sind, weil sie kein den Normen entsprechendes „erfülltes“ Berufsleben hinter sich haben, bezeichnete Trude Unruh schon früher als das „zynische Ende der christlichen Familienpolitik“. Die ohnehin schon weit verbreiteten Lücken in den „typisch weiblichen“ Patchworkbiografien vergrößern sich, weil Frauen, die aus dem Leistungsbezug herausfallen, nur noch von ihren Ehemännern abgeleitete Leistungsansprüche haben. Oft ist von „verschämter Armut“ die Rede, das soll heißen, alte Menschen, insbesondere alte Frauen, wollen nicht zum Sozialamt gehen, weil sie sich schämen oder über ihre Rechte (angeblich) nicht Bescheid wissen.

Viele alte Menschen gehen jedoch nicht dort hin, weil sie wissen, dass ihre erwachsenen Kinder gegenüber ihren Eltern unterhaltspflichtig sind, wie auch Eltern noch für ihre erwachsenen Kinder zu Unterhaltszahlungen herangezogen werden können. In der Vorstellung vieler alter Frauen ist es beschämend, nach einem arbeitsreichen Leben auf Almosen angewiesen zu sein.

Armut als Episode im Lebenslauf ?

Armutsstudien beschreiben "Armut" oft als "häufig nur eine Episode im Lebenslauf", (Leibfried) die von einem Großteil der Betroffenen "aktiv bewältigt" wird. Da ist die Rede von vorübergehender oder temporärer Armut. Das soll heißen, wenn die Erwerbslose eine „Maßnahme“ erhält, ist ihre Armut (zumindest vorübergehend) vorbei. Wenn die Alleinerziehende wieder einen Ehemann bekommt, hat sie ihre Armut "aktiv bewältigt". Auch der Satz im Dritten Armuts- und Reichtumsbericht: „Wird im Falle von Arbeitslosigkeit, Trennung oder Scheidung keine neue familiäre Stabilität gefunden“, legt nahe, dass die Alleinerziehenden ihre „Stabilität“ durch die Suche nach dem neuen Mann individuell finden können. Bei der Rentnerin wird das schon schwieriger. Wenn mehr als die Hälfte der LeistungsbezieherInnen weniger als ein Jahr lang ALG II in Anspruch nehmen, so kann man das als Episode bezeichnen. Aber das sind diskriminierende Monate, wo viele nicht wissen, wie es weitergehen soll und dieser Durchschnittswert sagt nichts über die Langzeitarmut und die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen durch die Armutserfahrung aus. Jeder Mensch braucht eine bestimmte Zeit, um Armut zu überwinden. Auch vorübergehende Armut und Abhängigkeit vom ALG II kann den Einkommensausfall, die Entwertung der Qualifikation und den Verlust an Aufstiegschancen kaum wettmachen. Viele ältere Erwerbslose und Frühverrentete - darunter sind ebenfalls viele Frauen - interpretieren ihre aktuelle gesellschaftliche Situation als einen irreversiblen Sozialabstieg (Hanesch). Darunter leiden sie, auch wenn sie wissen, dass sie ihn nicht selbst verschuldet haben. Zudem hat für alle Menschen trotz des sogenannten "Wertewandels" die Teilhabe an gesellschaftlich organisierter Arbeit noch andere Aspekte als Geldverdienen. Sie verschafft den Menschen Einfluss im Sinne von Mitbestimmungs- und Beteiligungsmöglichkeiten, wenn auch oft in beschränktem Umfang, sie strukturiert den Tag und verschafft den Menschen Anerkennung.¹⁷ Wenn

¹⁷ Vgl. Marie Jahoda, Paul Lazarsfeld, Hans Zeisel: Die Arbeitslosen von Marienthal, Leipzig 1933.

viele Erwerbsarbeiten diese Bedingungen nicht erfüllen, heißt das, dass sie dringend humanisiert werden müssen.

Fazit:

Für die Zukunft wird weder das Verteilen der Armensuppe, reichen, noch wird es ausreichen, mangelnde Gerechtigkeit zu beklagen, sondern es wird notwendig, den Mechanismen nachzuspüren, die die zunehmende Ungerechtigkeit bewirken und daraus echte Reformansätze zu entwickeln. Auf der nationalen – auch nicht auf der europäischen Eben alleine wird das nicht zu regeln sein. In unserem reichen Land geht es nicht allen schlechter. Die Reichen können einen weiteren Anstieg ihres Vermögens und Einkommens verzeichnen. Fünf Billionen € Nettovermögen haben sie inzwischen angehäuft. Ein Zehntel der Haushalte verfügen über 47 Prozent des Reichtums.¹⁸ Reichtum vererbt sich – Armut ebenso.

Wenn die Zahl derjenigen, die „Arm trotz Arbeit“ sind, größer wird, brauchen wir dringend Mindestlöhne. Die flächendeckende Einführung derselben ist jedoch bis jetzt am Widerstand der CDU gescheitert. Wenn Armut vor allem mit Erwerbslosigkeit zu tun hat, so wird eine Umverteilung der gesellschaftlich notwendigen (bezahlt und unbezahlt geleisteten Arbeit) ebenso notwendig wie eine Umverteilung des Reichtums durch eine Steuerpolitik, die Unternehmen, hohe Einkommen und Vermögen stärker an der Finanzierung beteiligt. Wenn Armut mit dem Abweichen von der „Normalfamilie“ zu tun hat, wird es dringend notwendig, dass alle Lebensformen gleiches Recht und gleiche Existenzbedingungen genießen.

Wenn Bildung als Schlüssel zur Teilhabe gesehen wird, ist es dringend notwendig, Durchlässigkeit im Schulsystem zu gewährleisten. Pädagogisch wertvolle Ganztags-kindertagesstätten für Kinder aller Altersgruppe und Umbau des selektierenden Schul- und Universitätssystems. Widerstand wird notwendig. (Auch) Frauen sind nicht nur Opfer der Verhältnisse, sondern handelnde Subjekte.

Zum Weiterlesen:

Gisela Notz: Löcher im sozialen Netz. Sozialpolitik und Geschlecht, Frankfurt/M.: VAS-Verlag 2003.

¹⁸ 3. Armuts- und Reichtumsbericht.

Gisela Notz: Warum Armut (oft weiblich ist), in: Arno Klönne/Daniel Kreutz/Otto Meyer: Es geht anders! Alternativen zur Sozialdemontage. Köln 2005, S. 97 – 103.

Gisela Notz: Armes Deutschland. In: Lunapark21, H.3/2008.